



Der Neonazismus in der DDR und seine Auswirkungen auf die Gegenwart

Harry Waibel

Zitation: Waibel, Harry (2018): Der Neonazismus in der DDR und seine Auswirkungen auf die Gegenwart, in: Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft

© 2018 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Die Informationen die meiner Studie zugrunde liegen, stammen aus unveröffentlichten Archivmaterialien des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, die durchgehend als „Streng Geheim“ klassifiziert wurden. Mit ihrer Besessenheit zur Geheimhaltung konnte die SED die DDR-spezifischen Ursachen der neonazistischen Gefahr verdrängen und bis zur Unkenntlichkeit minimieren. Die Vertuschungen sind die wichtigsten Ursachen dafür, dass es zum Neonazismus in der DDR kein politisches oder historisches Bewusstsein in der Bevölkerung geben konnte. Insgesamt belege ich mehrere tausend Propaganda- und Gewaltstraftaten, wobei neonazistische Vorfälle bei etwa 7.000 liegen. Über 700 Straftaten betreffen den Rassismus und 900 Straftaten sind antisemitischer Natur, darunter befinden sich etwa 145 Schändungen jüdischer Friedhöfe und Gräber.

Diese historischen Fakten wurden in der DDR selbst durch demoskopische Erhebungen bestätigt. In einer repräsentativen „Operativstudie“ des Leipziger „Zentralinstituts für Jugendforschung“ (ZIJ) Ende 1988 15- bis 30-Jährige zu ihren politisch-historischen Einstellungen befragt.¹

Durch einen zu hohen Anteil von SED-Mitgliedern bei den Studenten, Arbeitern und Angestellten war die Repräsentativität der Untersuchung nicht gewährleistet und die Ergebnisse sind daher eher „positiv verzerrt“. ² Hinzu kommt, dass seit 1970 keine Schüler mehr befragt wurden, weil ihre abweichenden Meinungsäußerungen im Widerspruch zu den geschönten Einschätzungen des Ministeriums für Volksbildung (Margot Honecker) standen.³

Die Ergebnisse zeigen deutlich deutschtümelnde und nationalistische Überheblichkeiten. Bei einem erheblichen Teil der Befragten wurden „größere Erkenntnisdefizite in Bezug auf Wesen und Funk-

¹ Zentralinstitut für Jugendforschung, Leipzig 1988 (ZIJ) „Politisch-historische Einstellungen der Jugendlichen 1988“, SAPMO-BArch DY 24/ b 5.857, Blatt 52ff.

² Ebenda, Blatt 3.

³ Vgl. Förster; ZIJ, Bl. 91f.

tion des Faschismus und der Rolle Hitlers“ festgestellt. Der Behauptung, die Deutschen wären „schon immer die Größten in der Geschichte“ gewesen, stimmten insgesamt 11 Prozent der Befragten zu; Lehrlinge stimmten mit 15 Prozent zu.⁴ Zwei Prozent der Befragten bekannten sich zu den Skinheads und vier Prozent waren Sympathisanten, d. h. mehrere zehntausend DDR-Jugendliche orientierten sich, mehr oder weniger, an dieser Neonazi-Szene und 30 Prozent der Befragten bewerteten rechte Aktivitäten als „gut“. Die Ergebnisse der Wissenschaftler des ZIJ wurden nie Gegenstand einer öffentlichen Diskussion, denn sie wurden als „Geheime Verschlusssache“ ausschließlich den Mitgliedern des Politbüros der SED zugänglich gemacht.

Eine kriminal-soziologische Untersuchung der Humboldt-Universität Berlin, sie wurde erst nach der Wende publiziert, kam 1988 zu dem Ergebnis, dass etwa 10 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 26 Jahren „neofaschistische Ansichten“ vertraten.⁵

Die Arbeitsgruppe Skinhead der Kriminalpolizei der DVP bezifferte das rechte Milieu auf insgesamt mehr als 15.000 Personen.⁶ Darunter befanden sich insgesamt etwa 5.000 Neonazis, die unter der Reichsflagge „Schwarz-Weiss-Rot“, den militanten, ideologisch verfestigten Kern einer rechtsradikalen Bewegung bildete, um die herum es etwa 10.000 Sympathisanten gab.⁷

Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit erarbeitete Studie wurden Ende 1990 veröffentlicht. Hier wurden Ergebnisse einer Befragung von Ausländern dargestellt, die ehemals in der DDR lebten und arbeiteten.

Die Frage ob sie „öfter bzw. manchmal von Deutschen tötlich angegriffen oder geschlagen“ wurden, bejahten über 21 Prozent.

Die Frage ob sie „öfter bzw. manchmal von Deutschen beleidigt oder beschimpft wurden“, bejahten über 72 Prozent.

Die Frage ob sie „öfter bzw. manchmal in Gaststätten nicht bedient“ wurden, bejahten knapp 20 Prozent und die Frage ob sie „öfter bzw. manchmal beim Einkaufen in Geschäften benachteiligt“ wurden, bejahten knapp 44 Prozent.⁸

⁴ ZIJ, Bl. 55.

⁵ Wolffsohn, S. 54.

⁶ Vgl. Reinhard.

⁷ Wagner, S. 564.

⁸ ISG, S. 47.

Antisemitismus

Bei der Erforschung und Beschreibung des Antisemitismus in der DDR müssen zwei Prämissen berücksichtigt werden:

Erstens ist es notwendig den Begriff „Antizionismus“ historisch so zu analysieren, um ihn von seiner Entstehungsgeschichte her bis zu seinem Gebrauch als Tarnung für Antisemitismus verstehen und bewerten zu können.

Um zweitens das Ausmaß des Antisemitismus, sowohl als gesellschaftliches als auch staatliches Phänomen reflektieren zu können, ist es unumgänglich, den Neonazismus wahrzunehmen.

Der Antisemitismus zeigte sich erstens sowohl in der Gesellschaft als auch durch und in Institutionen und zweitens in der Innen- und der Außenpolitik. Diese historischen Tatsachen werden, auch von Linken, sowohl publizistisch als auch wissenschaftlich geleugnet. Allein die „Antisemitische Kampagne“ von 1952/53, in deren Folge einige Hundert führende Funktionäre der Jüdischen Selbstverwaltung mit ihren Familien in den Westen geflüchtet sind, wird in der Literatur als Antisemitismus bewertet.

Der institutionelle Antisemitismus als antizionistisches Axiom war in der SED bzw. im Staatssekretariat für Kirchenfragen, im MfAA und im MfS verankert, sowohl was die Überwachung und Zersetzung der Führungen der wenigen Jüdischen Gemeinden in der DDR beinhaltete, als auch die Steuerung und Entwicklung einer Israel-feindlichen Politik über die Instrumentalisierung der arabischen Frontstaaten.

Diese antizionistische Innen- und Außenpolitik war ein getarnter spezifischer Antisemi-

tismus von Linken, dessen historische Ursachen in der Sowjetunion angesiedelt sind. Das Kernstück dieser Ideologie ist die auf sogenannten antiimperialistischen Positionen aufgebaute Behauptung, Israel hätte sich durch das Bündnis mit dem US-amerikanischen Imperialismus in einen faschistischen bzw. rassistischen Staat verwandelt.

Die daraus sich ergebende gesellschaftspolitische Praxis wurde propagandistisch von Prof. Albert Norden, Mitglied des Politbüros, umgesetzt. Im Juni 1967 forderte er den ihm untergebenen Werner Lamberz auf dafür zu sorgen, dass in der Presse der DDR die israelischen Militäroperationen analog zum Überfall der Nazis auf die Sowjet-Union dargestellt wurden.⁹ Lamberz, er war Leiter der ZK-Abteilung für Agitation, war zuständig für eine wöchentlich stattfindende „Argumentationssitzung“ mit den Chefredakteuren der Presse der DDR, bei der diese ideologische Ausrichtung der Journalisten und ihrer Presseorgane festgelegt wurde und bis Ende der 1980er Jahre aufrechterhalten blieb.

Nach den Kämpfen in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Beirut im September 1982 titelte das „Neue Deutschland“, als militärische Einheiten christlicher Milizen hunderte Menschen töteten: „Israel betreibt die Endlösung der Palästina-Frage“.¹⁰

In der außenpolitischen Wochenzeitung „Horizont“ wurden diese Morde mit den Nazi-Massakern von Lidice und Oradour gleichgesetzt und es wurde behauptet, die Israelis

⁹ Timm, S. 219.

¹⁰ Siegler, S. 128.

führten einen „von langer Hand vorbereiteten Holocaust“ durch.¹¹

Die in diesen Vergleichen vorgenommene, stillschweigende Verharmlosung der Verbrechen der Nazis stellt den Versuch dar, die Deutschen und Deutschland von der psychischen Last der Nazi-Verbrechen zu entlasten. Diese Ideologie entfaltet ihre Suggestion in der Weise, dass die Israelis zu Tätern, ja zu faschistischen Verbrechern erklärt werden, die entweder genauso geworden sein sollen wie es die Nationalsozialisten waren oder noch schlimmer.

Doch es blieb nicht bei der publizistischen Unterstützung der Feinde Israels, denn wie schon 1956, als in der SED Überlegungen angestellt wurden, ob bewaffnete Freiwillige nach Ungarn geschickt werden sollten, um dort den Sozialismus zu schützen, beschloss das SED-Politbüro am 7. Oktober 1969 die Vorbereitung eines Einsatzes von ostdeutschen Freiwilligenverbänden gegen Israel. Anlass dafür war ein Schreiben des Generalsekretärs der KPdSU, L. Breschnew an E. Honecker, E. Mielke, H. Hoffmann und W. Ulbricht, wo er die Notwendigkeit der Aufstellung von Verbänden von Freiwilligen als Flieger, Panzerführer und Kampfgruppen zur Unterstützung arabischer Truppen im Krieg gegen Israel forderte.¹²

Wie wir wissen, kam es hier, wahrscheinlich aus außenpolitischen Erwägungen, nicht zum Äußersten.

Seit 1967 lieferte die DDR Waffen und militärisches Know-how an die Feinde Israels, wie z. B. an Ägypten und Syrien.¹³ So wurden

Ende 1973 an Syrien Abfangjagdflugzeuge MiG-21, Panzer vom Typ T-54 AM mit Munition, Panzerbüchsen RPG-7, Granaten und Panzerminen an Syrien geliefert.¹⁴

Die antizionistische Propaganda gegen Israel und die Juden sind Bestandteil eines vielschichtigen Kontinuums von Hasspropaganda, die über Jahrzehnte ununterbrochen abgelaufen sind. Der Grund für die Maskierung des Antisemitismus liegt auf der Hand, war doch durch die Massenmorde der Nazis die unverhohlene Feindschaft gegen Juden für den allergrößten Teil der westlichen Öffentlichkeit unakzeptabel geworden, musste der Antizionismus an die Stelle von Antisemitismus gesetzt werden. Dieser Antisemitismus musste sich nach 1945 als seine eigene ideologische Antithese maskieren – als Kampf gegen Faschismus und Antisemitismus –, wollte er je wieder politisch wirksam werden. Wir haben es also mit dem Paradoxon eines Antisemitismus zu tun, der beständig beteuert, er richte sich nicht gegen die Juden als solche.¹⁵

Rassismus

Bei der Erforschung und Beschreibung des Rassismus in der DDR müssen zwei Prämissen berücksichtigt werden:

Um erstens das Ausmaß und die Tiefe des Rassismus verstehen und bewerten zu können muss er sowohl als gesellschaftliches und auch als staatliches Phänomen wahrgenommen werden.

Zweitens ist es unumgänglich, Politik und Ideologie der Neonazis insgesamt und auch speziell ihre ausländerfeindliche Grundströ-

¹¹ Timm; S. 284.

¹² Neubert, S. 838; Timm, S. 233f; Wolffsohn, S. 258.

¹³ Timm, S. 210-217.

¹⁴ Wolffsohn, S. 255.

¹⁵ Wistrich, S. 24-26.

mung wahrzunehmen, denn auch in der SED-Diktatur bildeten Neonazis sowohl die Speerspitze als auch den Motor für eine dynamisch sich entwickelnde rechte Bewegung, die sich fundamental gegen die Existenz der kommunistischen Herrschaft richtete.

Die über 700 rassistischen Propaganda- und Gewaltstraftaten richteten sich vorwiegend gegen Ausländer (Arbeiter, Studenten, Wissenschaftler, Diplomaten usw.) und wurden in den allermeisten Fällen von jungen Männern durchgeführt und fanden insgesamt in über 400 Städten und Gemeinden der DDR statt.

Eine Besonderheit des DDR-Rassismus waren die etwa 40 gewalttätigen Angriffe auf Wohnheime von Ausländern. Im August 1975 wurde in Erfurt das erste Wohnheim für algerische Arbeiter, von einem deutschen Mob angegriffen.

Zum Vergleich: In der BRD haben in diesem Zeitraum keine solchen Angriffe auf Wohnheime von Ausländern stattgefunden. Erst im Juni 1992 wurde in Mannheim-Schönau ein Wohnheim für Flüchtlinge von Rassisten angegriffen, wobei die Angreifer Unterstützung von mehreren hundert Deutschen erhielten, die sie durch Rufe und Parolen anfeuerten.

Das Ende der Angriffe auf Wohnheime von Ausländern in der DDR, fand am 26. August 1990 in Trebbin (Bezirk Potsdam) statt, als etwa 30 Rassisten ein Wohnheim für Mosambikaner gewalttätig angriffen.

Es muss daher auch die Behauptung korrigiert werden, die Angriffe auf Wohnheime für Ausländer in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) wären die ersten Pogrome in Deutschland nach dem II. Weltkrieg gewesen.

Eine zweite spezifische Form des Rassismus in der DDR bilden über 200 gewalttätige Pogrome und pogromartige Auseinandersetzungen, die in 110 Städten und Gemeinden stattfanden. Dabei wurden ungezählte Menschen, die aus über 30 verschiedenen Ländern in die DDR gekommen waren, verletzt und über 10 Personen wurden, zum Teil in Lynchjustiz, getötet.

Eine weitere Variante des Pogromgeschehens waren „Racheaktionen“, die sowohl von deutscher Seite als auch von Seiten der ausländischen Arbeiter durchgezogen wurden, d. h. es gab eine Tendenz die direkte Auseinandersetzung zu suchen, ohne auf Volkspolizei oder auf Justiz zu setzen.

Die Sicherheitsorgane vertuschten die „öffentlichkeitswirksamen“ Pogrome, obwohl es deren Aufgabe war, sie zu verhindern oder wenn das nicht möglich war, zur Aufklärung der politischen Kriminalität in der Weise beizutragen, Verantwortliche zu identifizieren und einem Gerichtsverfahren zuzuführen.

Wie bereits erwähnt, fanden das erste Pogrom gegen ausländische Arbeiter und ein erster Angriff auf ein Wohnheim für Ausländer in Erfurt vom 10. bis 16. August 1975 statt. Zuerst war es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen, Ungarn und Algeriern gekommen. Danach wurden etwa 25 Algerier von einem rassistischen Mob von etwa 300 Deutschen, sie waren mit Holzplatten und Stangen bewaffnet, durch Erfurt gejagt. Es wurde gerufen: „Schlagt die Algerier tot“, „Gebt die Algerier raus“, „Schlagt sie tot“, „Hängt sie auf“ oder „Schlagt die Bullen tot“. Fensterscheiben der Betriebswache der Hauptpost, dorthinein

waren Algerier geflüchtete, wurden mit Steinen eingeschmissen.¹⁶

E. Honecker, Erster Sekretär des ZK der SED, wurde damals (1975) umgehend mitgeteilt, Erfurter Bürger hätten sich „nationalistisch und diskriminierend“ gegenüber algerischen Arbeitern verhalten. Anfang 1989 erhielt Honecker Besuch von René Urbany, Vorsitzender der KP Luxemburg, und auf die Ausländerfeindlichkeit in der BRD angesprochen, antwortete Honecker:

„Der Fremdenhass liegt sehr stark in der deutschen Mentalität. Bei uns in der DDR ist das überwunden. Bei den Maidemonstrationen sieht man Menschen verschiedener Hautfarbe und Herkunft, die in Brüderlichkeit und Freundschaft zusammengehen.“

Am 12. August 1979 ereignete sich in Merseburg (Bezirk Halle) ein weiteres Pogrom, bei dem in einer Atmosphäre der Lynchjustiz die beiden kubanischen Arbeiter Delfin Guerra und Raul Garcia von einem Mob getötet wurden. Aus Gründen der Staatsraison verhinderte die Partei- und Staatsführung nicht nur Ermittlungsverfahren der VP, sondern auch jegliches Gerichtsverfahren. Die Staatsanwaltschaft Halle, sie wurde über diesem Fall informiert, lehnte es 2017 ab, das Ermittlungsverfahren zur Feststellung der Umstände der Tötung der beiden Kubaner neu aufzunehmen. Dies erstaunt auch deshalb, weil es in der DDR keine Ermittlungsverfahren

bzw. kein Gerichtsprozess geben durfte, weil fundamental verhindert werden musste, dass Informationen zum Tod von Guerra und Garcia an die Öffentlichkeit gelangten. Dennoch konnte bisher in der Bundesrepublik kein Strafprozess stattfinden, der klären könnte, wie die Tötung der beiden Kubaner stattgefunden hat.

Am 19. September 1987 fand in Staßfurt (Bezirk Magdeburg) vor dem Jugendfreizeitzentrum ein weiterer Lynchmord statt. Deutsche äußerten sich rassistisch gegenüber Mosambikanern und es kam dann auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Mosambikanern, bei denen der 18-jährige Lehrling Carlos Conceicao zusammengeschlagen und getötet, indem er über ein Geländer der Bodebrücke fünf Meter tief in den Fluss geworfen wurde.¹⁷

Der Kern dieses Verbrechens, also der Umschlag des massiven Rassismus in brutale, tödliche Gewalt, musste unter allen Umständen vertuscht werden, stand doch das Image der „antifaschistischen“ und „antiimperialistischen“ DDR auf dem Spiel.

Das letzte Beispiel für Rassismus, als in Apolda (Bezirk Erfurt) am 27. Januar 1990, gegen 20.30 Uhr, fünf Skinheads (18 bis 20 Jahre) in das Wohnheim für vietnamesische Arbeiter in der Buttstädterstraße 56 eindrangen. Die Bewohner feierten gerade das vietnamesische Neujahrsfest („Tet-Fest“), als die Angreifer im Bereich der Haupteingangstür „ein [...] Blechbehältnis“ aufstellten, in dem sich fünf Liter

¹⁶ BStU, MfS, Erfurt, Abt XIV, 18, S. 1-3; S. 57-73; BStU, MfS, HA IX, Nr. 11192, S. 39-57; Monatliche persönliche Information, FDJ BL Erfurt, 04.09.1975, SAPMO-BArch, DY 24/ A 9.36, S. 11; Information der SED BL Erfurt an E. Honecker, Erfurt, 20. August 1975, S. 67; Bougherara, S. 143-150.

¹⁷ BStU, MfS, HA II Nr. 28659, Bl. 106f.; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. IX, Nr. 1313, Bl. 61-62; BStU, MfS, ZOS, Nr. 2196, Bl. 188-195.

einer giftigen Flüssigkeit befanden. Es war eine Mischung aus Formaldehyd und Kaliumpermanganat, die „vorher entzündet“ worden war und die giftigen Gase zogen in dem achtgeschossigen Wohnheim bis in die 2. Etage. Zwei Vietnamesen mussten stationär im Kreiskrankenhaus bis zum 28. Januar 1990 behandelt werden.¹⁸

Diese und andere gewalttätige Angriffe auf Arbeiterinnen aus Kuba, Algerien, Mosambik oder Vietnam wurden über Jahrzehnte hinweg durch die Volkspolizei und die Geheimpolizei in einige wenige Paragraphen des Strafgesetzbuchs (StGB) gezwängt und damit ihres brisanten, politischen Kerns beraubt.

Neonazismus

Die Protagonisten des Neonazismus in der DDR waren, in der Regel, Jugendliche und Jungerwachsene aus Arbeiterfamilien, die sich als Skinheads, Hooligans oder Heavy-Metal-Fans ab Ende der 1970er Jahre zu einer neonazistischen Bewegung entwickeln konnten. Sie bildeten mit mehreren tausend Neonazis in den Bezirken Berlin und Potsdam die Spitze einer rechtsextremen Bewegung in der DDR.¹⁹

Eine Basis ihrer Kontakte war die Bewegung der neonazistischen Hooligans, wo auch viele Skinheads im Fußballanhang der Oberliga-

klubs verankert waren.²⁰ Die rechten Jugendlichen wurden vom MfS als „negativ-dekadent“ bzw. als „Rowdys“ oder „Asoziale“ bezeichnet. In Schulen, in der Armee, in Betrieben, in den Fußballstadien und auf Straßen und Plätzen äußerten sie sich neonazistisch und traten gewalttätig gegen Linke und Ausländer in Erscheinung.

Aus einer Sammlung im MfS geht hervor, dass es in der NVA von 1965 bis 1980 über 700 neofaschistische Vorfälle gegeben hat. Ein beredtes Beispiel für das Scheitern der SED gegenüber den Neonazis war das Eingeständnis von Armeegeneral H. Hoffmann, Minister für Nationale Verteidigung und Oberbefehlshaber der NVA, der Anfang der 1980er Jahre, im Angesicht vieler Neonazi-Gruppen in den bewaffneten Kräften resignierend feststellte, dass manche militärischen Vorgesetzten und auch Parteileitungen neonazistische Erscheinungen bagatellisierten, indem sie sie als „dumme Jungenstreiche“ ansahen. Hoffmann befürchtete eine daraus entstehende Gefährdung für die DDR, wenn die neonazistischen Vorkommnisse in der NVA bekannt werden würden, gerade „wo wir uns offensiv mit der Propagierung des Faschismus, insbesondere in der BRD, auseinandersetzen“.

1986 verharmloste E. Mielke die neonazistischen Aktivitäten als Ausdruck von „Wichtigkeit“²¹ und 1988 erklärte das MfS, ostdeutsche Neonazis würden lediglich unkritisch Tendenzen aus dem feindlichen Westen wiedergeben.²²

¹⁸ BArch DO 1/88401, Bl. 3, Bl 194f.

¹⁹ BStU, MfS, Arbeitsbereich Mittig Nr. 53, Bl. 11ff.; Bericht über die Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 2.2.1988 „Maßnahmen der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen“ (Beschluß des Sekretariats des Zentralrates der FDJ vom 6.9.1989, Anlage 1: Übersicht über Skinheads, Sympathisanten und ihre Gruppierungen nach Bezirken (Kopie im Besitz von HW)

²⁰ BStU, MfS, HA XX Nr. 478, Teil 2 von 2, Bl. 342.

²¹ Madloch, S. 77.

²² BStU, MfS, BF1/B Bernd Eisenfeld, 22.2.2001.

Im August 1989 behauptete die staatliche Nachrichtenagentur ADN, Informationen zum Neonazismus in der DDR seien „purer Unsinn“ und das vor dem Hintergrund, dass 1989 in der DDR insgesamt etwa 300 Strafverfahren wegen Neonazismus stattgefunden hatten.²³

Die Aktivitäten von Neonazis bei den Montagsdemonstrationen stellen ein wichtiges Kapitel dar, was in der Fachliteratur beinahe vollständig ausgeblendet wird. Nach dem Angriff von Skinheads und Hooligans im Oktober 1987 auf Besucher eines Rockkonzerts in der Zionskirche in Berlin, einen Monat zuvor war in Staßfurt Carlos Conceicao von Neonazis getötet worden, hatten die Sicherheitsorgane die Repression auf die rechte Szene drastisch verstärkt. Skinheads reagierten in der Weise darauf, dass sie sich nun insofern tarnten, als sie die skinheadtypische Bekleidung wie Jeans, Hosenträger oder Schnürstiefel ablegten. Dazu ließen sie sich die Kopfhare wachsen, was den Sicherheitsbehörden in der Öffentlichkeit zusätzlich die Identifizierung erschwerte. Skinheads und andere Neonazis waren damit in der Regel bei den Auseinandersetzungen ab August 1989 nur noch durch entsprechende Sprechchöre, faschistische Symbole oder durch ihre Bereitschaft zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zu erkennen, wie z. B.:

„Deutschnational - rechtsradikal“, „Wir wollen keine Ausländerschweine - Deutschland ist deutsch“, „Wenn das der Führer will, dann steh'n die Deutschen still, denn Deutschland ist deutsch“, „Schlagt die Neger tot“,

„Deutschland den Deutschen - Ausländer raus“, „Wir wollen keine Negerschweine“.²⁴

Der Knackpunkt: Am 4. Oktober 1989 versammelten sich vor dem Hauptbahnhof in Dresden tausende Demonstranten. Neonazis, sie waren Teil dieser protestierenden Menge, griffen bei der Schlacht um den Hauptbahnhof Volkspolizei mit Flaschen und Pflastersteinen an und zerstörten mit Brandbomben einen Funkstreifenwagen der VP. Es wurde laut geschrien: „Freiheit, Freiheit“, „Deutschland, Deutschland“ und die deutsche Nationalhymne wurde gesungen. Etwa 1.000 Demonstranten wurden von der Volkspolizei verhaftet.²⁵ Am 6. Oktober protestierten in Dresden etwa 5.000 Menschen, die von der VP angegriffen wurden, woraufhin einige Demonstranten mit Steinen und Flaschen antworteten. U. a. wurde gebrüllt „Schlagt die Kommunistenschweine und hängt sie auf“. Demonstranten hatten sich mit Eisenstangen und Eisenkugeln bewaffnet, es wurden Luftdruckpistolen benutzt sowie Reizgassprays und Schlagringe mitgeführt und es wurden Schutzhelme getragen. Um die VP zu stärken, wurden Soldaten „der NVA zum Einsatz gebracht“. Insgesamt wurden an diesem Tag 367 Personen vorläufig festgenommen - unter den Festgenommenen befanden sich sechs Skinheads.²⁶ Als die Züge mit den Geflüchteten aus der Prager Botschaft in Plauen durch den Bahnhof fuhren, standen dort Frauen und Männer aus der DDR die „Deutschland, Deutschland über alles“ san-

²³ Madloch, S. 81; Siegler, S. 67f.

²⁴ BStU, MfS, HA XX Nr. 11177, Bl. 1-6.

²⁵ BStU, MfS, Sekr. Neiber Nr. 72, Bl. 2-8.

²⁶ BStU, MfS, Sekr. Neiber Nr. 72, Bl. 72-74

gen.²⁷ Am 31. Oktober 1989 demonstrierten in Wolfen bei Bitterfeld (Bezirk Halle) Tausende für ein Ende der Herrschaft der SED und dabei wurde u. a. ein Transparent mit der Aufschrift „Deutschland den Deutschen – Schwarze raus aus der DDR“ getragen.

Am 28. Dezember 1989 veröffentlichte die Tageszeitung „Junge Welt“ Nr. 304 ein Foto, auf dem Neonazis bei einer Montagsdemonstration in Leipzig eine schwarz-rot-goldene Fahne ausbreiten, auf der geschrieben stand: „Deutschland mein Vaterland“. Auf dieser Fahne waren die Umriss von Deutschland in den Grenzen von 1937 zu erkennen.²⁸

In Leipzig nahmen am 22. Januar 1990 zwei Neonazis mit einem schwarz-rot-goldenen Banner an der Montagsdemonstration teil, auf dem „Deutschland einig Vaterland“ stand. Einer der Beiden zeigte den neofaschistischen „Kühnen-Gruss“.²⁹

Die enormen Gewalttätigkeiten in der DDR hatten am 7. Oktober 1977 auf dem Alexanderplatz in Berlin einen Höhepunkt, als sich hunderte Demonstranten, unter ihnen Neonazis über Stunden randalierten und gewalttätig gegen die Sicherheitskräfte vorgingen. Zwischen diesem Gewaltexzess und der Schlacht Anfang Oktober 1989 in Dresden, bei den heftigen Auseinandersetzungen um den Hauptbahnhof, spannte sich der gewalttätige Kampf der rechtsradikalen Bewegung gegen die Diktatur der SED und erreichte

damit einen letzten Höhepunkt. In Dresden war dann klar zu sehen, die Führung der SED konnte oder wollte, zur Aufrechterhaltung ihrer Macht, nicht gegen ihre Bevölkerung Schusswaffen einsetzen. Ende 1989 bildeten etwa 5.000 Neonazis unter Reichsflagge „Schwarz-Weiss-Rot“ den militanten, ideologisch verfestigten Kern der rechtsradikalen Bewegung, um die herum es etwa 15.000 Sympathisanten gab.

Nach dem Fall der Mauer, verschmolzen die ostdeutschen Neonazis mit ihren Kameraden aus dem Westen und mit der NPD zu einer politischen Kraft, die auch in einige Länderparlamente gewählt wurden. Über die Pogrome 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock-Lichtenhagen ging der neonazistische Staffstab weiter an Pegida, AfD, Identitäre und Reichsbürger.

Zu den Ursachen

Anders als SED und MfS es darstellten, handelt es sich beim Neonazismus nicht um ein Problem der klassischen Kriminalität, sondern um ein politisches und philosophisches Problem, das mit kriminellen Randerscheinungen verkoppelt war und ist. Für die SED waren die drei wichtigsten Methoden der Bekämpfung der „negativ-dekadenten Jugendlichen“ erstens die Verharmlosung durch Entpolitisierung und Kriminalisierung, hauptsächlich der „Rädelsführer“ sowie zweitens bei Ausländern die massenhafte Rückführung ins jeweilige Heimatland. In Regel bedeute es, dass dadurch Opfer zu Tätern umfunktioniert werden konnten, ohne das jeweils eine juristische Aufklärung durchgeführt wurde. Drittens wurde unisono dem Westen bzw. den West-

²⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=skttWDuiH0>

²⁸ Junge Welt Nr. 304 v. 28.12.1989.

²⁹ http://www.deutschlandradiokultur.de/deutscherufe-5-8-deutschland-einig-vaterland.1001.de.html?dram:article_id=293560.

medien die Schuld, für Neonazismus in der DDR zugesprochen.

Doch die Ursachen lassen sich nicht allein aus Politik, Ideologie oder durch Einwirkungen aus dem Westen erklären - ohne innere Ursachen hätten neofaschistische Parolen keinen Nährboden finden können. Dazu gehören die Ideologie des „Marxismus-Leninismus“, umfassende politische Repression auch gegen Demokraten und Sozialisten und die anhaltende Krise der ostdeutschen Ökonomie.³⁰

Eine weitere, elementare Ursache für die Entwicklung des Neonazismus war, ähnlich wie in Westdeutschland, die gescheiterte Entnazifizierung, die auch hier zu einer Renazifizierung führte.

Bereits 1945/46 war die KPD, in Abstimmung mit der KPdSU, dazu übergegangen zwischen „aktiven“ und „nominellen“ Nazis zu unterscheiden.³¹ Dazu war es erforderlich das ehemalige Nazis sich dazu bereit erklärten, für die Ziele des neuen Staates einzutreten - dann stand ihren Karrieren nichts mehr im Weg, ohne dass sie jemals politisch oder juristisch zur Verantwortung gezogen worden wären. Einzelne Beispiele von verurteilten Nazis fallen, gegen die große Zahl von unbehelligt gebliebenen Nazis, kaum ins Gewicht. Am 4. November 1945 wurde eine gemeinsame Entschließung von KPD, SPD, CDU und LDP veröffentlicht, die auf eine Bestrafung von „aktiven“ Nazis abzielte, dass bedeutete das die „nominellen“ Nazis von einer

juristischen Untersuchung ausgenommen wurden.³²

Kurt Wagner (SED), Vizepräsident der „Deutschen Verwaltung des Innern“ und Generalinspekteur der Schutzpolizei, vertrat im Oktober 1947 vor den Leitern der Kriminalpolizei (K 5) aus den SBZ-Ländern die Ansicht: „Wir würden einen großen historischen Fehler begehen, wenn wir auch in der Zukunft von minder- und schwerbelasteten Pg. sprechen und wenn wir alle Machenschaften auf die früheren Organisationen der NSDAP abwälzen würden. [...] Wer heute die frühere NSDAP als Urheber aller Machenschaften ansieht, begeht einen entscheidenden Fehler. Die Gegner sind in den geschlagenen Kräften zu suchen, nämlich Junker, Großaktionäre, Bankiers usw. usf.“³³

Auf einer Parteivorstandssitzung der SED am 20. Juni 1946 forderte Otto Grotewohl eine „geistige Auflockerung“ gegenüber den ehemaligen Nazis und der Wahlkampf der SED sollte deshalb „mit einer positiven Note“ ihnen gegenüber geführt werden.³⁴

Mit dem SMAD-Befehl Nr. 201 vom August 1947 legte die Sowjetunion den Abschluss der Entnazifizierung in der SBZ formell in die Hände deutscher Organe. Der SMAD-Befehl Nr. 35 vom Februar 1948 ordnete den formellen Abschluss der Entnazifizierung in der SBZ an und damit mussten die Entnazifizierungskommissionen im März 1948 ihre Tätigkeiten einstellen. Danach wurde die Durchführung der Entnazifizierung der politischen

³⁰ Vgl. Madloch, S. 97ff.

³¹ Rößler, S. 15.

³² Ebenda, S. 32.

³³ Leide, S. 36f.

³⁴ Ebenda, S. 35.

Polizei, an die Kriminalpolizei 5, kurz K5, delegiert, die eine Vorläuferorganisation des Staatssicherheitsdienstes war.³⁵

Im August 1947 waren von über 800.000 ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, die sich in der SBZ aufhielten, nur noch 1, 6 Prozent ohne Arbeit. Auf der Sitzung des Parteivorstandes der SED am 15./16. Oktober 1947 forderte Wilhelm Pieck die Aufnahme ehemaliger „nichtbelasteter“ Nazis in die SED, um sie für die kommunistische Ideologie zu gewinnen.³⁶ Auf der Parteivorstandssitzung der SED am 8. Dezember 1947 forderte W. Ulbricht die Aufnahme der „Nominellen“ in die SED, auch und vor allem unter dem Aspekt, zu verhindern, dass sie sich in der CDU oder der LDP organisierten. Ulbricht wollte daraus eine breite Bewegung formen, wobei die „Nominellen“ auch für die SED in den „Betrieben und Massenorganisationen“ auftreten sollten.³⁷

Ende Januar, Anfang Februar 1948 erklärte Ulbricht den Nazis auf der Konferenz der Innenminister der Länder, „wir wissen das ihr Nazis ward, wir werden aber nicht weiter darüber sprechen, es kommt auf Euch an, ehrlich mit uns mitzuarbeiten. Unsere Beurteilung wird nicht mehr von dem Standpunkt erfolgen, nominell oder nicht nominell, sondern der Bewährung in der Aufbauarbeit“.³⁸

Kurz vor der Gründung der DDR, im Juni 1948, erklärte W. Ulbricht in einem Zeitungsinterview: „Wir haben heute in der Sowjeti-

schen Besatzungszone nicht wenige frühere aktive Nazis, die eine verantwortliche Arbeit leisten. Jedenfalls können sie bestimmte Leistungen aufweisen, was man von einigen Mitgliedern der Christlich-Demokratischen Union und Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands nicht sagen kann, die nach Washington und London schielen.“³⁹

Wilhelm Zaisser, er war 1949 sächsischer Innenminister und ein Jahr später Minister für Staatssicherheit, brachte es vor Funktionären auf den Punkt: „Wir verlangen nicht den negativen Nachweis des Nicht-Belastetseins, des Neutralseins, sondern den positiven Nachweis des Mitmachens.“⁴⁰

Mit der Dienstanweisung 13/50 beendete die Hauptverwaltung der DVP die Entnazifizierung durch die Auflösung aller antifaschistischen Untersuchungsorgane. Alle Unterlagen der Kreisdienststellen und der Bezirksverwaltungen des MfS wurden bis Mitte der 1950er Jahre vom Zentralarchiv des MfS übernommen.⁴¹

Kurz danach beschloss der 3. Parteitag der SED im Juli 1950, dass nun die Wurzeln für Faschismus und Rassismus in der DDR ausgerottet worden seien. Im November 1952 beschloss die Volkskammer das „Gesetz zur staatsbürgerlichen Gleichstellung der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere und NSDAP-Mitglieder“ und diese Entscheidung wurde im Radio der DDR vom Funktionär der NDPD, Egbert von Frankenberg und Proschitz kommentiert, der nicht nur Offizier der Wehr-

³⁵ Leide, S. 37.

³⁶ Ebenda, S. 44 u. S. 188.

³⁷ Ebenda, S. 47.

³⁸ Ebenda, S. 51 u. S. 248f.

³⁹ Weber, S. 190.

⁴⁰ Wilhelm Zaisser, zit. Werkentin, S. 175.

⁴¹ Leide, S. 38f.

macht war, sondern auch Mitglied der NSDAP und SS.⁴²

Damals noch Staatssekretär im MfS, erließ Erich Mielke im November 1952 die „Richtlinie 21“, mit der er anordnete, dass ehemalige Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht, ehemalige Angehörige der „Geheimen Staatspolizei“ (Gestapo) und Offiziere der Abwehr als „geeignete Personen zu geheimen Mitarbeit“ anzuwerben waren. Diese „Richtlinie 21“ beinhaltete Vorgaben über die Suche, Anwerbung und Arbeit mit Informatoren, also geheimen Mitarbeitern und Personen, die konspirative Wohnungen unterhielten. Hier wurden ehemalige Nazis als Rekrutierungsreservoir angesehen, mit denen solche Organisationen infiltriert werden konnten, bei denen es sich um DDR-feindliche „Agentenzentralen“ handelte.⁴³ Während man bei der Rekrutierung der hauptamtlichen Mitarbeiter mehr oder minder sorgfältig darauf achtete, keine ehemaligen Nazis einzustellen, verzichtete die SED beim Auf- und Ausbau des Spitzelapparates keineswegs auf sie.

Ein Jahr später, 1953 befahl Ernst Wollweber, Minister für Staatssicherheit, eine systematische Erfassung „feindlicher Elemente“, wie Offiziere, Funker, Fremdenlegionäre und aktive Faschisten, mit dem Ziel ihrer Rekrutierung als „Geheime Mitarbeiter“ (GM) oder als „Geheimer Informant“ (GI). In einer einzigen Abteilung der Bezirksverwaltung Leipzig des MfS arbeiteten neun ehemalige Offiziere der Wehrmacht, frühere Angehörige der SS, ehemalige Mitglieder von Nazi-Aufklärungs- und Abwehrorganen, ehemalige

Nazis aus anderen Nazi-Organisationen. Eine interne Analyse der SED zur Lage im „Ernst-Thälmann-Werk“ in Magdeburg zeigte auf, dass ehemalige Nazis „auf allen einflußreichen Stellen des Betriebes, angefangen vom Werksdirektor, seinen Stellvertretern, den Direktoren, Assistenten, über den Dispatcher, Lohnbuchhalter und Oberbuchhalter bis zum Angestellten“ tätig waren.

In einer Einschätzung der SED über die Lage 1953 hieß es zusammenfassend: „Charakteristisch für die Großbetriebe ist die Konzentration ehemaliger Faschisten und Militaristen“.

Im Herbst 1953 waren etwa 25 % der Mitglieder der SED ehemalige Nazis. In der Volkskammer befanden sich etwa 50 Abgeordnete die ehemals Nazis waren.⁴⁴

Von den 400 Abgeordneten in der im November 1958 gewählten Volkskammer waren 56 ehemalige Nazis und im Zentralkomitee der SED 27 ehemalige Nazis. Es gab acht Minister, neun stellvertretende Minister und zwei Vorsitzende des Ministerrats der DDR die ehemals Nazis waren.⁴⁵

1965 gab es noch immer ehemalige Nazis in der Volkskammer und im ZK der SED hatten noch 12 Mitglieder und Kandidaten eine Nazi-Vergangenheit.

In der Nationalen Volksarmee waren nach einer Statistik des Ministeriums für Staats-

⁴² Claasen, S. 111f.

⁴³ Leide, S. 55.

⁴⁴ Werkentin, S. 198f.

⁴⁵ Vgl. Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 46ff; http://www.geschichtswerkstatt-je-na.de/images/stories/archiv_texte/henning_pietzsch_das_braune_erbe.pdf

sicherheit 1957 von den 16 Spitzen-Generälen fünf ehemalige Offiziere der Wehrmacht, davon hatten drei als Generäle für Hitler gedient. Ein Viertel aller Obersten bei der NVA hatten eine Karriere als Offiziere der faschistischen Wehrmacht hinter sich gebracht.⁴⁶ E. Wollweber, Leiter des MfS, meldete 1957 dem Sekretär des Zentralkomitees der SED (ZK) Erich Honecker, zur Lage der Betriebskampfgruppen: „Im VEB Warnow-Werft ist der Kommandeur einer Hundertschaft ein ehemaliger Obersturmführer der SA. Im VEB Papierfabrik Lunzenau sind von 51 Kampfgruppenmitgliedern 10 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Im VEB Industrierwerk Ludwigsfelde gehören 9 ehemalige Mitglieder der NSDAP, 1 ehemaliges Mitglied der Waffen-SS der Kampfgruppe an. Die Kampfgruppe des VEB Reifenwerk Berlin besteht zu 60 % aus ehemaligen Nazis“.

Im Mai 1958 berichtete eine Brigade dem ZK der SED über das im Aufbau befindliche Kombinat „Schwarze Pumpe“ in Spremberg, dass es bei der Werksleitung und den Abteilungsleitern eine „Konzentration ehemaliger NSDAP-Mitglieder“ gegeben hat.

Im Bezirk Magdeburg waren etwa 26 % aller SED-Mitglieder ehemalige Nazis aus faschistischen Organisationen; im Bezirk Halle waren es etwa 34 % und im Bezirk Erfurt gar 35 %.

Im Kreis Wernigerode gab es, mit einem Anteil von etwa 46 % ehemalige Nazis als Mit-

glieder der SED, die höchste regionale Konzentration.⁴⁷

Tradierte autoritäre oder rassistische Bewusstseinsinhalte blieben virulent und sie wurden, durch systematische Tabuisierung und Ausgrenzung der massenpsychologischen Ursachen des Nazismus, in einem kontraproduktiven Sinn sowohl konserviert als auch reaktiviert. Die Reduktion der Ursachenforschung zum Nazismus auf ökonomische Zusammenhänge, wurde bei gleichzeitiger Bekämpfung sozialpsychologischer Theorien, zu einem ideologischen Hindernis für eine umfassende Wahrnehmung, Aufarbeitung und Erforschung ihrer anhaltenden Wirkungen.

Parallel zur geräuschlosen Eingliederung ehemaliger Nazis und ihrer Wertschätzung für ihre Tätigkeit im neuen Staat DDR bis Anfang der 1950er Jahre, wurden unmittelbar nach dem Ende des Nazi-Faschismus alle autonomen Ausschüsse, Komitees und Organisationen von deutschen Antifaschisten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), die spontan, ohne Mitwirkung der KPD, entstanden waren, durch die KPD zerschlagen.⁴⁸

Am 9. Mai 1945 teilte W. Ulbricht dem stellvertretenden Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, G. Dimitroff mit: „Die spontan geschaffenen KPD-Büros, die Volksausschüsse, die Komitees der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ und die Ausschüsse der Leute des 20. Juli, die vorher illegal arbeiteten, treten jetzt offen auf. Wir haben diese Büros geschlossen

⁴⁷ Hafenegger/Buddrus, S. 92; www.ddr-wissen.de/wiki/ddr.pl?Naziverstrickungen_der_DDR_Prominenz.

⁴⁸ Dietmar Wolf: Antifa-Ausschüsse und ihre Zerschlagung in der SBZ/DDR, in: telegraph 3/4/98; Weber 1999, S. 39f.

⁴⁶ Der Spiegel 19/1994, S. 84-91.

und den Genossen klargemacht, dass jetzt alle Kräfte auf die Arbeit in den Stadtverwaltungen konzentriert werden müssen. Die Mitglieder der Ausschüsse müssen ebenfalls zur Arbeit in die Stadtverwaltungen übergeführt und die Ausschüsse selbst liquidiert werden“.⁴⁹

An ihre Stelle trat ab Anfang 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) die 1953 von der SED verboten und aufgelöst wurde. In ihr waren neben Kommunisten, Anarchisten, Sozialdemokraten, Juden und Christen organisiert und bildeten gewissermaßen die Opferstruktur in den Nazi-Zuchthäusern und -Konzentrationslagern ab. An deren Stelle trat das willfährige, ausschließlich von Kommunisten besetzte „Komitee antifaschistischer Widerstandskämpfer“. Bis 1987 waren etwa 5.500 kommunistische Widerstandskämpfern organisiert, von denen etwa 900 inoffiziell für das MfS tätig waren und weitere 950 hatten dem MfS als hauptamtliche Mitarbeiter angehört oder standen noch im aktiven Dienst. (Leide)

Eine weitere Parallele zur Eingliederung der Ex-Nazis und des Verbots der autonomen Antifa-Organisation war die Diskriminierung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden und ihrer Einrichtungen in der SBZ/DDR die Ende 1952, Anfang 1953 zu einer Fluchtwelle von Jüdinnen und Juden führte.

Schluss

Für den Soziologen und Sozialphilosophen Theodor W. Adorno brauchen Faschismus und der marxistisch-leninistische Kommunismus denselben autoritätsgebundenen Charakter zur Durchsetzung und Stabilisierung ihrer Macht und für die Verarbeitung des Nazismus und seiner Folgen in der DDR gilt, dass der Faschismus nachlebt; dass die viel zitierte Aufarbeitung nicht oder nur unvollkommen gelungen ist. Das deutsche ideologische Syndrom aus Nationalismus und Rassismus bzw. Antisemitismus war nach 1945 nicht verschwunden: Nicht nur Antisemitismus, sondern auch Nationalismus und Rassismus durften öffentlich nicht stattfinden, wucherten aber weiter sowohl auf der gesellschaftlichen Ebene der Alltagskultur wie auch in institutionalisierter Form.⁵⁰

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist eine ultra-nationalistische Bewegung entstanden. Seit 1990 haben, nach offiziellen Angaben, mehrere hunderttausend rechte Propaganda- und Gewaltstraftaten stattgefunden. Nach meinen Recherchen gab es in diesem Zeitraum über 250 Tote und tausende Verletzte. Der Anteil der Täter stammt überproportional, im Verhältnis 4:1, d. h. gemessen an der Zahl der Einwohner aus den neuen Bundesländern. Zugleich liegt dort der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung etwa bei zwei Prozent, damit weit unter dem Bundesdurchschnitt von rund neun Prozent.

⁴⁹ Vgl. Wolf; Weber, S. 39f; BAArch NY 4182/851.

⁵⁰ Stender, S. 227-249; Institut für Sozialforschung (Hg.), S. 10 u. S. 12.

Gegenwärtig erleben wir eine rechte Massenbewegung gegen Ausländer pauschal und besonders gegen Moslems. 2016 stiegen die neonazistischen Propaganda- und Gewaltdelikte deutlich an und zwar auf etwa 23.000, das ist der höchste Wert seit 1945. Zum Ver-

gleich: In der BRD gab es bis 1990 offiziell jährlich zwischen etwa 1.300 bis 1.800 rechtsextremistische Propaganda- und Gewaltstraftaten.

Literaturverzeichnis

Bougherara, Nassim: Die Rolle von Betreuern und Dolmetschern aus den Herkunftsländern, in: Almut Zwengel (Hg.): Die ‚Gastarbeiter‘ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelten. Studien zur DDR-Gesellschaft, herausgegeben von Dieter Vogt und Sabine Gries. Ruhr-Universität Bochum, Band 13, Berlin Münster, 2011.

Claasen, Claus: Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten, in: Behrends, Jan C./Lindenberger, Thomas/Poutrus, Patrice G. (Hg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003.

Eisenfeld, Bernd: Rechtsextremismus in der DDR – Ursachen und Folgen, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert: Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg 2002.

Förster, Peter: Volksmeinung war geheim, in: Der Spiegel Spezial 1/1991, S. 91-93.

Hafenegger, Benno/Michael Buddrus: Militärische Erziehung in Ost und West. Ein Lesebuch zur Kriegsbegeisterung junger Männer. Band 4: Nachkriegszeit und fünfziger Jahre, Frankfurt/M. 1994.

Institut für Sozialforschung (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung, Frankfurt/M., New York, 1994.

Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG): Ausländerfeindlichkeit in der DDR, Köln 31.12.1990.

Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Analysen und Dokumente, Band 28, Göttingen 2006.

Madloch, Norbert: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, in: Klaus Kinner und Rolf Richter (hgg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Berlin, 2000.

Neubert, Harald: Politische Verbrechen in der DDR, in: Stéphan Courtois u. a. (Hrsg.): Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, Sonderausgabe 2004.

Reinhard, Oliver: Wotansbrüder und Weimarer Front, in: <http://www.zeit.de/2012/08/DDR-Nazis/seite-2>.

Rößler, Ruth-Kristin (Hrsg.): Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien, Goldbach, 1994.

Siegler, Bernd: Auferstanden aus Ruinen ... Neofaschismus in der DDR. Berlin, 1991.

Stender, Wolfram: Ideologische Syndrome. Zur Aktualität des sekundären Antisemitismus in Deutschland, in: Markus Brunner, Jan Lohl, Rolf Pohl, Sebastian Winter (Hg.): Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus, 2011, Gießen.

Wagner, Bernd: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR, Berlin 2014.

Waibel, Harry: Der gescheiterte Antifaschismus der SED. Rassismus in der DDR, Frankfurt/M. 2014.

Waibel, Harry: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart, 2017.

Weber, Hermann: Geschichte der DDR. München, 1999.

Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. In: Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Forschungen zur DDR-Geschichte. Band 1, Berlin, 1. Auflage, 1995.

Wistrich, Robert: Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel, Isma-ning bei München 1987.

Wolf, Dietmar: Antifa-Ausschüsse und ihre Zerschlagung in der SBZ/DDR, in: telegraph 3/4/98.

Wolffsohn, Michael: Die Deutschland Akte. Tatsachen und Legenden, München 1995.